

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Katrin Kunert, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 18/2883 –**

**Nationales Konversionsprogramm entwickeln – Umwandlung der  
Militärwirtschaft in eine Friedenswirtschaft ermöglichen**

### **A. Problem**

Forderung nach Vorlage eines nationalen Programms zur schrittweisen Konversion der Rüstungsindustrie in zivile Wirtschaftsbereiche; keine Bewilligung neuer öffentlicher Finanzmittel für wehrtechnische Forschung.

### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.**

### **C. Alternativen**

Keine.

### **D. Kosten**

Keine.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 18/2883 abzulehnen.

Berlin, den 25. Februar 2015

**Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie**

**Dr. Peter Ramsauer**  
Vorsitzender

**Helmut Nowak**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Helmut Nowak

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/2883** wurde in der 86. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. Februar 2015 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Verteidigungsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion DIE LINKE. führt in ihrem Antrag aus, dass das Volumen der weltweiten Rüstungsgeschäfte im Zeitraum von 2007 bis 2011 um 25 % gestiegen sei. Deutschland habe seine Rüstungsexporte im selben Zeitraum um 37 % gesteigert. Rüstungsexporte seien zwar stets auch Ausdruck einer geostrategisch orientierten Außenpolitik. Zugleich würden aber aus Gründen des Gewinnstrebens der Rüstungsindustrie ständig neue Aufträge akquiriert und neue Absatzmärkte für militärische Güter erschlossen. Damit nehme der selbst geschaffene Druck zu, die militärischen Güter ins Ausland zu exportieren. Die meisten in Deutschland erteilten Einzelgenehmigungen für Exporte betrafen Klein- und Handfeuerwaffen, die weltweit für die meisten Todesopfer in Konflikten verantwortlich seien und deren Weiterverbreitung in den jeweiligen Empfängerländern nicht kontrollierbar sei. Das wahre Ausmaß von Waffen- und Rüstungsexporten werde zunehmend durch Komponentenaufspaltung der Aufträge und Lieferungen sowie durch transnationale Kooperationen der staatlich gestützten Rüstungskonzerne verschleiert. Trotz der massiv gestiegenen Exporte der letzten Jahre habe die Rüstungsindustrie der Bundesrepublik Deutschland nur eine geringe volkswirtschaftliche Bedeutung. Die Rüstungsproduktion trage nur mit 0,6 % zum Bruttoinlandsprodukt bei. Es handele sich um einen mit Steuermitteln am Laufen gehaltenen kleinen Industriezweig, der in erheblichem Ausmaß Frieden und Stabilität im internationalen Staatensystem gefährde. Es müsse die Konversion dieser militärindustriellen Arbeitsplätze in zivilwirtschaftliche Arbeitsplätze angestrebt werden. Diese müsse nachhaltig und endgültig sein und auf eine klare Abspaltung ziviler von wehrtechnischer Produktion abzielen. Die Gewinne der Rüstungsunternehmen sollten herangezogen werden, um Rücklagen zu bilden, die für die sozialverträgliche und schrittweise Gestaltung von Konversionsprozessen einzusetzen seien. Vor diesem Hintergrund fordert die Fraktion DIE LINKE. die Bundesregierung unter anderem auf, ein nationales Programm zur schrittweisen Konversion der Rüstungsindustrie in zivile Wirtschaftsbereiche unter enger Einbeziehung friedenspolitischer, gewerkschaftlicher, wissenschaftlicher, kirchlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie der Beschäftigten in den Unternehmen zu erarbeiten und noch in der 18. Wahlperiode dem Bundestag vorzulegen. Des Weiteren müsse in Kooperation mit den Bundesländern ein Forschungsprogramm „Konversion“ aufgelegt werden. Ferner dürften keine neuen öffentlichen Finanzmittel für Forschungsvorhaben der wehrtechnischen Forschung bewilligt werden. Die Rüstungsunternehmen müssten verpflichtet werden, aus ihren Gewinnanteilen Rücklagen zu bilden, die als Kostenbeteiligung für die Umstellung auf zivile Produktionslinien und für Qualifizierungsmaßnahmen der Beschäftigten für zivile Berufstätigkeiten einzusetzen seien.

Wegen der Einzelheiten wird auf Drucksache 18/2883 verwiesen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/2883 in seiner 35. Sitzung am 25. Februar 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/2883 in seiner 39. Sitzung am 25. Februar 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 18/2883 in seiner 35. Sitzung am 25. Februar 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen Fraktionen der CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/2883 in seiner 32. Sitzung am 25. Februar 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

#### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 18/2883 in seiner 32. Sitzung am 25. Februar 2015 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** legte dar, dass Deutschland ein elementares Interesse an einer innovativen und leistungsfähigen nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie habe. Die in Deutschland vorhandenen Kernfähigkeiten müssten ebenso erhalten bleiben, wie zehntausende Arbeitsplätze in diesem Bereich.

Die **Fraktion der SPD** verwies ebenfalls auf die Notwendigkeit, Kernkompetenzen im Rüstungsbereich zu erhalten. Diese könnten auch im Rahmen von Kooperationen mit Bündnispartnern genutzt werden. Dessen ungeachtet gebe es Programme des Bundeswirtschaftsministeriums für diejenigen Unternehmen, die auf eine zivile Produktion umsteigen wollten.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betonte, dass für die berufliche Zukunft der in der Rüstungsindustrie Beschäftigten Vorsorge getroffen werden müsse. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien fast vollständig von politischen Entscheidungen Deutschlands und anderer Länder abhängig. Es müsse ein nationales Konversionsprogramm entwickelt werden, um die Rüstungsindustrie auf eine zivile Produktion umzustellen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hielt es für erforderlich, den Rüstungsfirmen klar mitzuteilen, dass die Rüstungsexportrichtlinien politisch sehr ernst genommen würden. Insbesondere werde zukünftig der Export in Drittländer zurückgehen. Mit Blick auf die Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie sei zu betonen, dass es sich bei deren Produkten eben nicht um normale, konventionelle Güter handele. Insoweit dürften einzig außen- und sicherheitspolitische Erwägungen eine Rolle spielen. Dem Antrag könne man bereits wegen der geforderten 2,5 Mrd. Euro Startkapital für einen Konversionsfonds nicht zustimmen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/2883 zu empfehlen.

Berlin, den 25. Februar 2015

**Helmut Nowak**  
Berichtersteller